

Energie & Klimaschutz in den Koalitionsverhandlungen

Version für den AKE der DPG

Wegen der laufenden Koalitionsverhandlungen wird noch einmal ein Vorschlag vorgestellt, der im AKE bereits im April 2012 Thema war.

Grundgedanke ist die Erweiterung des ETS (European Emission Trading) auf alle Verbrennungsvorgänge fossiler Energieträger, also auch Kraftstoffe und Heizenergien. Der Vorschlag setzt dort an, wo die Energiewende brennt: er kann die **Wendekosten** ohne Abstriche an den entscheidenden Klimaschutz-Zielen spürbar senken, **gerade weil er den Bürgern und Unternehmen die Freiheit zurück gibt, wie sie zum Klimaschutz beitragen wollen.**

Da 1 kg C zu 3,67 kg CO₂ verbrennt, gelten die folgenden Emissionsbeiwerte (ohne letzte Exaktheit):

	kg CO ₂ /L	kg CO ₂ /kg	kg CO ₂ /kWh	Mineralölsteuer €/t CO ₂
Diesel:	2,644	3,186	0,270	174,099
Benzin	2,370	3,160	0,280	261,044
Erdgas Krs	2,79	2,75	0,180	77,284
Erdgas Hz		2,75	0,180	30,580
Heizöl		3,19	0,260	23,203
Braunkohle			0,400	
Steinkohle			0,330	
Heizöl schwer			0,280	

Variante 1: Wer C-haltige fossile Energieträger in der Handel bringt, braucht eine Lizenz, die in Form handelbarer Zertifikate ausgegeben wird – eben wie im ETS. Die stetige Verknappung der Zertifikate erzwingt die quantitative Zielerreichung durch die Preisbildung im Markt.

Variante 2: die so erfassten in den Handel gegebenen fossilen Energieträger werden mit einer Kohlenstoff-Steuer belegt. Das garantiert zwar nicht die absolute Zielerreichung, gibt aber den Verbrauchern bessere Kalkulationsgrundlagen. Bei Einführung dieser Variante kann zur Vermeidung eines Preisschocks der Steuersatz so gewählt werden, dass der aktuelle ETS-Preis genommen wird und die entsprechenden Energiesteuern entsprechend gesenkt werden (siehe rechte Spalte der Tabelle)¹.

Vorteile:

niedrigste Bürokratie-Kosten wegen „Quellensteuer“-Charakteristik

¹ Frankreich soll eine solche Steuer planen und ebenfalls bei Einführung mit Steuern kostenneutral verrechnen.

Einfachste Gesetzgebung (allerdings werden sich Ausnahme- und Ergänzungsregelungen nicht ganz vermeiden lassen), aber keine weiteren Einzelregelungen wie Glühlampenverbot, unterschiedliche KFZ-Steuern oder Erneuerbaren-Quote beim Hausbau.

Wegfall des EEG für alle technologisch reife Technologien, insbesondere Photovoltaik, on shore Wind, Wasserkraft und Biomasse

Kraftwerke, Verkehr und Haushalte „spüren“ denselben Kohlenstoff-Preis, d.h. das System lenkt in Richtung gleicher CO₂-Vermeidungskosten für alle Energieerzeugungsarten (auch im Wärmemarkt) **und Einsparungsmaßnahmen!!!**

Unzulänglichkeiten:

Bei nur nationaler Einführung kann EU-Kompatibilität nur doch Umrechnungen erreicht werden DK hat auch Klimaschutzsteuer; das geht also.

Das System entlastet nicht von der Notwendigkeit, den Strommarkt neu zu regulieren, um Anreize gegen Überproduktion und für jederzeitige Versorgungssicherheit zu etablieren.

Das System ist zwar elegant, aber sozial blind, ja brutal. Wer reich ist, zahlt eben mehr, aber er erhöht zugleich den Preis für alle. Es bedarf also einer sozialpolitischen Flankierung für einkommens- und vermögensschwache Bevölkerungsteile, d.h. z.B. Erhöhungen in den ALG II-Sätzen.

Einige Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft wie die Herrn Steinbrück und Kelber, Prof. Töpfer und Prof. Edenhofer kennen diesen Vorschlag. Die Reaktionen anerkannten den grundsätzlichen Charme, trauten sich aber eine Umsetzung nicht zu. Politiker von links und rechts meinten, das sei mit der jeweiligen Gegenseite nicht zu machen; Wissenschaftler verwiesen auf die Neigung der Politik, lieber viele Einzelinteressen in zahllosen Sonderregelungen zu berücksichtigen, als den Vorteil einer unbürokratisch-marktwirtschaftlichen Rahmensetzung zu nutzen. **DENA-Chef S. Kohler findet den Vorschlag so gut, dass er ihn von sich aus an die möglichen Koalitionäre heranzutragen versprochen hat.**

Alle diese Vorteile müssten doch sehr im Interesse der kommenden Regierung liegen, die die Wirkung der Wende verspielt, wenn sie teurer wird als erforderlich. Dabei geht es nicht nur um die Akzeptanz in Deutschland, sondern noch viel mehr, um die Attraktivität für andere Staaten, die uns doch auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung folgen sollen.

Dr.-Ing. Dipl. Phys. Gerd Eisenbeiß
(ehem. Energie-Vorstand des Forschungszentrums Jülich)